

Gewaltrausch in Gujarat: Indiens säkulare Tradition in Gefahr?

Bringen die antimuslimischen Pogrome die Grundpfeiler des gesamten politischen Systems ins Wanken?

Eine Analyse von Vesna Rodic

Der Truppenaufmarsch der beiden Atommächte Indien und Pakistan und das weltweit heraufbeschworene Szenario einer „nuklearen Option“ mit zwölf Millionen Toten haben dem Grundkonflikt zwischen den beiden Staaten ungewohnte Aufmerksamkeit gesichert. Seit Monaten schon stehen sich die beiden verfeindeten Staaten mit massiver Aufbietung von Streitkräften an der gemeinsamen Grenze gegenüber. Anlaß der jüngsten Krise waren die seit dem 11. September zunehmenden Angriffe islamischer Terroristen auf indische staatliche Einrichtungen und die nichtmuslimische Bevölkerung Kashmirs - darunter der Angriff auf das Nationalparlament in Delhi am 13. Dezember und zuletzt einige brutale Überfälle auf Zivilisten und Familien der in Kashmir stationierten Streitkräfte. Die im Juni noch akute Kriegsgefahr, ausgelöst durch einen neuen Terroranschlag, scheint fürs erste abgewendet, doch die Kashmirfrage ist damit endgültig internationalisiert. Die Krisenregion bedarf der konstanten diplomatischen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft und wird offenbar nur mit erheblichem Engagement der USA zu befrieden sein. So leiteten erst amerikanische Interventionen nach Monaten der Anspannung vorsichtige Schritte der Deeskalation zwischen Delhi und Islamabad ein. Trotz erneuter terroristischer Provokationen hält sich die indische Regierung seitdem zurück und wartet die herannahenden Wahlen in Kashmir ab. Man wendet sich wieder innenpolitischen Themen zu, und das ist dringend notwendig. Denn

der Beinahekrieg im Juni kam der Regierung in Delhi gerade recht, um von einer anderen schweren Krise abzulenken, die sie wochenlang beschäftigte: die Gewaltwelle im Unionsstaat Gujarat.

Kein Kommunalismus, sondern Muslim-Pogrome

Die seit zehn Jahren schlimmsten Unruhen zwischen Hindus und Muslimen hatten verheerende Folgen. Offiziell ist von insgesamt 700 Toten die Rede, inoffizielle Quellen rechnen mit über 2.000. Geschätzte 100.000 Menschen waren zeitweise auf der Flucht, 15.000 befinden sich noch Monate später in improvisierten Flüchtlingslagern. Der ökonomische Schaden beläuft sich auf mehrere Milliarden US-Dollar und, obwohl es inzwischen gelungen ist die öffentliche Ordnung wieder herzustellen, ist die Situation weit von der Normalität entfernt. Denn die Opfer des tagelangen Mordens und Plünderns waren überwiegend Muslime. Muslimische Geschäfte und Häuser wurden geplündert, Moscheen zerstört und die muslimische Bevölkerung verfolgt, gefoltert und ermordet. Die muslimische Minderheit in Gujarat (8,7 Prozent) fühlt sich nun im Belagerungszustand und ist kollektiv traumatisiert; Muslime in ganz Indien sind zutiefst verunsichert. Die Straßengewalt war offenbar nicht spontaner Ausdruck der Intoleranz zwischen Vertretern der beiden Religionen. Alle Anzeichen deuten daraufhin, daß militante Hindus die Übergriffe bereits Monate im Voraus geplant hatten.

Ausgelöst wurde die Gewalt durch einen Vorfall, dessen Ursachen bis heute nicht völlig geklärt sind. Am 27. Februar steckte ein muslimischer Mob im Bahnhof der Stadt Godhra einen Zug in Brand, in dem 58 Hindupilger verbrannten, darunter 26 Frauen und 14 Kinder. Ob der Überfall ein spontaner Gewaltausbruch war, ausgelöst durch Meinungsverschiedenheiten mit einigen Teeverkäufern, oder ob er politisch motiviert war, darüber wird in Indien noch immer spekuliert. Die Pilgerreise war Teil einer landesweiten Kampagne der Hindunationalisten zum Bau eines Tempels in der nordindischen Stadt Ayodhya. Das Bauland ist nach Ansicht der Hindupriester die Geburtsstätte des Gottes Ram und damit einer der heiligsten Orte Indiens. Der Tempel soll auf den Ruinen der Babri-Moschee errichtet werden, deren Zerstörung durch militante Hindus im Dezember 1992 die letzten schweren Unruhen im Land auslöste und 2.000 Menschen - wieder überwiegend Muslime - das Leben kostete. Die Stadt Ayodhya im Unionsstaat Uttar Pradesh ist zu einem Synonym für die Politik des aggressiven Hindunationalismus geworden, die Indiens Muslime und andere Minderheiten zu Bürgern zweiter Klasse degradieren will. Der Überfall in Godhra könnte deshalb von radikalen Muslimen angeleitet worden sein - so eine Theorie. Die Regierung vermutete gar den pakistanischen Geheimdienst dahinter. Vor dem Hintergrund der langjährigen indisch-pakistanischen Spannungen und der gestiegenen Terrorgefahr in der Region nach dem Krieg in Afghanistan ist beides nicht

völlig von der Hand zu weisen, auch wenn der Schluß am nächsten liegt, es handele sich um einen weiteren Fall von Kommunalismus (*communalism, communal violence* - die spontan ausbrechende Gewalt zwischen verschiedenen ethnischen oder religiösen Gruppen). Der Begriff wurde zur Zeit der britischen Kolonialherrschaft geprägt und galt ursprünglich den Konflikten zwischen Hindus und Muslimen, wobei die Gewalt stets von beiden Seiten ausgehen konnte. Heute ist seine Bedeutung weitergefaßt und bezieht auch andere Minderheiten wie Christen und *Dalits* (Unberührbare) mit ein. Der Antagonismus zwischen Hindumehrheit und Muslimminderheit ist nur **eine**, wenn auch die wichtigste der potentiellen Konfliktquellen in der stark fragmentierten und hierarchisch gegliederten indischen Gesellschaft. Kleinere Konflikte gehören seit jeher zur politischen Tagesordnung und belasten den gesellschaftlichen Zusammenhalt erheblich. Große Krisenherde wie der unruhige Nordosten oder die Region Kashmir mit ihren Autonomiebestrebungen tragen zusätzlich dazu bei, die soziale Kluft zwischen den Hindus und einzelnen Minderheiten zu vertiefen. Da die hindunationalistische *Bharatiya Janata Party* (Indische Volkspartei - BJP) seit 1998 die Regierung in Delhi anführt, weht den Minderheiten im Land seit einiger Zeit ein deutlich rauherer politischer Wind entgegen. Die Übergriffe militanter Hindus gegenüber einzelnen Minderheiten haben zugenommen und erreichen mit den Ereignissen in Gujarat eine völlig neue, besorgniserregende Qualität.

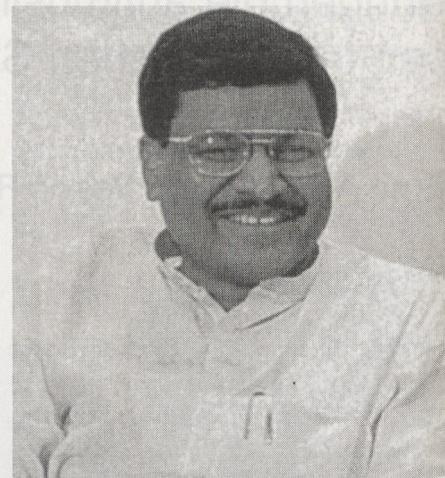
Denn welches auch immer die Hintergründe des Überfalls auf die Hindupilger gewesen sein mögen, die umgehende Vergeltungsaktion war keineswegs spontan. Es gibt viele Anzeichen dafür, daß die Verfolgungsjagden geplant waren und daß sie sich gezielt gegen muslimisches Eigentum und Leben richteten. So blieben beispielsweise in gemischten Wohn- und Geschäftsgebieten die Häuser von Hindus unangetastet. Die marodierenden Banden waren gut organisiert und hatten Mobiltelefone, um sich während der Angriffe abzustimmen. Viele trugen Flugblätter extremistischer Organisationen, in denen zum wirtschaftlichen und sozialen Boykott gegen die Muslime Gujarats aufgerufen wird. Wohlhabende Vertreter der

Hindumittelschicht beteiligten sich an den Plünderungen. Anwälte, Ärzte und Geschäftsleute demonstrierten ihre Schaulust. Frauen und Kinder wurden wie selten zuvor Opfer bestialischer Brutalität und sexueller Gewalt. Eine unabhängige Frauenkommission stellt im Nachhinein gar fest, die Körper der muslimischen Frauen seien diesmal bewußt „als Kriegsterritorium mißbraucht“ worden. Gleichzeitig wurde auch eine beachtliche Zahl von gewalttätigen Hindufräuen bei den Ausschreitungen gesichtet. Zum ersten Mal breitete sich die Gewalt in die ländlichen Gegenden Gujarats aus und drang bis in die Wohngebiete der *Adivasis* (Ursprungs-/Stammesbevölkerung) vor. In den Städten beteiligten sich *Dalits* und auf dem Land *Adivasis* überraschenderweise an den Übergriffen - obwohl sie zu doch zu den traditionell unterdrückten Minderheiten gehören. Die landessprachlichen Medien Gujarats nutzten den Vorfall in Godhra, um bewußt eine antimuslimische Atmosphäre zu schüren. Der Haß auf die Muslime entlud sich in ganz Gujarat und auf allen Ebenen. Die Massaker waren möglich, weil extremistische Schwesterorganisationen der BJP wie *Vishwa Hindu Parishad* und *Bajrang Dal* in Gujarat einen besonders hohen Rückhalt genießen und offenbar Monate, wenn nicht Jahre zuvor darauf hin gearbeitet haben.

Staatliche Komplizenschaft und Parteinahme

Die Ereignisse von Gujarat wiegen um so schwerer, als durch sie die Parteinahme des Staates für die Extremisten offensichtlich wurde. Gujarat ist eine der noch wenigen verbliebenen Provinzen der indischen Föderation, in denen die BJP mit Mehrheit regiert. Die Regierung in der Hauptstadt Gandhinagar soll nicht nur wenig unternommen haben, um die Massaker zu verhindern, sie soll auch die Verfolgungsjagden durch Zuarbeit erleichtert haben. Die Berichte der indischen Menschenrechtskommission und unabhängiger Untersuchungsdelegationen illustrieren die staatliche Komplizenschaft mit den Tätern durch zahlreiche Zeugenprotokolle. Die Täter besaßen amtliche Listen und Daten, die es ihnen ermöglichten, gezielte Adressen aufzusuchen. Viele

Morde geschahen in unmittelbarer Nähe von Polizeistationen, die wenig oder nichts unternahmen, um die Opfer zu retten. Parteikader der BJP und Regierungsbeamte wurden als Anführer der Mobs identifiziert. Bis heute ist gegen keinen von ihnen Anklage erhoben worden. Anderer-



Chefminister Narendra Modi – Architekt der Pogrome gegen Muslime in Gujarat? (Foto: Frontline)

seits wurden die wenigen Staatsdiener, die Menschenleben retteten oder in ihren Bezirken Ruhe zu bewahren wussten, später auf andere, weniger wichtige Posten versetzt. Die Armee wurde mit Verspätung herbeigerufen, auch unter der fadenscheinigen Begründung, die Truppen würden an den Grenzen zu Pakistan gebraucht. Chefminister Narendra Modi - ein Hardliner unter den Hindunationalisten - tat sich mit der Verurteilung der Gewalt schwer und entschuldigte sie spontan als „natürliche Reaktion“ auf Godhra. Für die Opfer kündigte er zunächst doppelt höhere Entschädigungssummen für Hindus an, zog dieses Angebot jedoch auf öffentlichen Druck zurück. Der Regierung in Gujarat wird aufgrund ihrer allzu gelassenen Reaktionen und der kläglichen Rehabilitierungsmaßnahmen das komplette Versagen ihrer verfassungsmäßigen Aufgaben vorgeworfen. Zwar wurde von kritischen Beobachtern immer wieder darauf hingewiesen, daß die kommunistischen Ausschreitungen in den fünf Jahrzehnten indischer Unabhängigkeit alle unter den Augen der untätigen Kongresspartei geschahen, die - wenn es ihr politisch opportun schien - ihren säkularen Anspruch oft zugunsten der Stimmen ein-

zelter Minderheiten aufgab. Doch die Ereignisse in Gujarat - darin sind sich die demokratischen Kräfte einig - sind einmalig. Staatsterrorismus und Genozid sind besonders häufige Begriffe, die im Zusammenhang damit gefallen sind. Die Öffentlichkeit und die Medien sprechen von einer pogromähnlichen Verfolgung der Muslime, die in ihrer Form an die Judenverfolgung der Nazis im Vorkriegsdeutschland erinnert.

Modi wies bis vor kurzem alle Vorwürfe kategorisch zurück und weigerte sich, Konsequenzen aus der Katastrophe zu ziehen. Obwohl auf nationaler Ebene fast alle Oppositionsparteien und sogar einzelne Koalitionspartner der BJP vehement seinen Rücktritt forderten, blieb er auf seinem Posten sitzen. Von einer geballten Medienkampagne gegen ihn und landesweiten Protesten der säkular orientierten Elite ließ er sich nicht beeindrucken. Er war sich der Rückendeckung seiner Partei so sicher, daß er sich nicht einmal bei den Opfern entschuldigte. Dies übernahm Premierminister Vajpayee für ihn, als er Wochen später - und damit zu spät für viele - Gujarat besuchte. Auch eine weit beachtete Tagung des Exekutivkomitees der BJP Mitte April in Goa stellte Modis Integrität nicht in Frage. Die Regierung in Delhi, in der sich ein deutlich steigender Einfluß der nationalistisch gesinnten Hardliner bemerkbar macht, weigerte sich unter fadenscheinigen Vorwänden, sich in die inneren Angelegenheiten eines Landes einzumischen. Der Antrag der Opposition, durch Berufung auf einen Verfassungsartikel die Regierung zu zwingen, Modi abzusetzen und in Gujarat *President's Rule* einzuführen, bekam nicht die notwendige Mehrheit. Unter den vorwurfsvollen Augen der internationalen Gemeinschaft und insbesondere den ihr freundlich gesonnenen islamischen Staaten übte sich Vajpayee gerade in politischer Schadensbegrenzung, als ihm ein Terroranschlag in Kashmir die willkommene Gelegenheit bot, die öffentliche Aufmerksamkeit von Gujarat zu lenken und Pakistan militärisch zu drohen. Dabei liegt die Vermutung nahe, daß die zunehmend brutaleren Angriffe der islamischen Terroristen in Kashmir auch als Antwort auf die Ereignisse in Gujarat aufgefaßt werden können. Nach der Beilegung der Krise mit Pakistan erboste Modi seine politischen Geg-

ner mit der Auflösung des Landesparlaments in Gujarat. Dahinter steckte weniger das Eingeständnis seiner politischen Verantwortungslosigkeit als das kaltblütige Kalkül, durch vorgezogene Wahlen auch noch Profit aus der Gewaltwelle schlagen zu können. Denn vor dem Hintergrund eines drohenden finanziellen Bankrotts und der mangelhaften Regierungsperformance will sich die BJP in Gujarat die Stimmen der kommunalisierten Mittelschicht schnellstmöglich sichern, um ihre bereits vorhergesagte Niederlage bei den nächsten Landtagswahlen zu verhindern.

Gujarats Sonderrolle: Wirtschaftszentrum mit konfliktreicher Vergangenheit

Die Ereignisse in Gujarat werfen für viele Beobachter zwei wichtige Fragen auf. Welche Faktoren haben die Gewalt ermöglicht? Dort ist es militanten Hinduorganisationen über die letzten Jahrzehnte offenbar gelungen, die wirtschaftliche Elite für sich zu gewinnen, staatliche Institutionen zu unterwandern und die in Indien ohnehin präsenste soziale Kluft zwischen Hindus und Muslimen zu vertiefen. Und kann sich Gujarat in Zukunft überall in Indien wiederholen? Pessimistische Beobachter befürchten, daß die im Namen des Hinduismus propagierte Kultur der Intoleranz gegenüber Muslimen und anderen Minderheiten auch in anderen Landesteilen Fuß fassen könnte. Sie beklagen das Ende des Säkularismus, des Pluralismus und der gesellschaftlichen Toleranz und sehen die Demokratie in Indien ernsthaft bedroht. Die Frage, weshalb die in Gujarat besonders aktiven Hindunationalisten dort einen fruchtbaren Boden gefunden haben, um ihrer Idee von einer „Hinduleitkultur“ Akzeptanz zu verschaffen, beschäftigt die gesamte intellektuelle Elite des Landes, die sich im Schockzustand befindet und nicht weiß, wie sie auf diese neue Qualität der Gewalt reagieren soll.

Es gibt jedoch gute Gründe dafür, die besondere politische, wirtschaftliche und soziale Konstellation, die zu den Unruhen in Gujarat geführt hat, als einmalig in Indien zu bezeichnen und der These von einer drohenden Wiederholung zu wider-

sprechen. Jeder in Indien bestehende oder in Zukunft mögliche Konflikt hat seine eigene Geschichte und seine eigene Dynamik. Die einzelnen Unionsstaaten sind in ihrer Situation so unterschiedlich, daß Parallelen selten anzutreffen sind und die Konflikte jeweils durch unterschiedliche Faktoren verursacht werden. Die jüngere Geschichte Gujarats ist stark vom Kommunalismus geprägt: Seit sich 1969 die ersten schweren Zusammenstöße in Ahmedabad zwischen Hindus und Muslimen ereigneten, gab es immer wieder Unruhen, unterbrochen von Phasen eines Friedens, der von Beobachtern als angespannt und unkomfortabel wahrgenommen wird. Zwischen 1970 und 2002 wurden 443 kommunalistische Ausschreitungen von größerem Ausmaß verzeichnet. Die letzten schweren Zusammenstöße zwischen Hindus und Muslimen ereigneten sich 1992/93, als die Babri-Moschee in Ayodhya niedergerissen wurde. Kommunalismus ist ein überwiegend städtisches Phänomen, und Gujarat, die ökonomisch am schnellsten wachsende Region Indiens, bildet mit seinen 55 Städten und einem hohen Industrialisierungsgrad einen besonders dicht besiedelten Konfliktboden.

Gujarats Entwicklung zu einem Handels- und Industriezentrum begann bereits zu Beginn des letzten Jahrhunderts, als große Hungersnöte die ländliche Bevölkerung zu Migration und wirtschaftlicher Neuorientierung zwangen. Viele Gujaratis wanderten nicht nur in die Städte ab, sondern verließen auch das Land, um etwa in Afrika ihr Glück zu suchen. So verfügte Gujarat früher als andere Regionen in Indien über eine wohlhabende städtische Handels- und Unternehmerschicht. Zugleich entwickelte sich außerhalb Gujarats eine wirtschaftlich erfolgreiche Diaspora. Der Gujarat oft bescheinigte „Geist des Unternehmertums“ gipfelte im unabhängigen Indien in der sogenannten grünen und weißen Revolution und machte den Unionsstaat zum führenden Wirtschaftszentrum Indiens. Die unternehmerische Elite Gujarats war auch für die Gründung und Etablierung wichtiger nationaler Institutionen und Bildungseinrichtungen verantwortlich. Sie dominierte und kontrollierte stets nicht nur die Wirtschaft, sondern auch Wissenschaft und Politik. Die Transformation zur Industriegesell-

schaft hatte neben der Modernisierung jedoch auch die Auflösung der kulturspezifischen sozioökonomischen Muster der alten Eliten zur Folge, die traditionell auf Kompromißbereitschaft und Konfliktvermeidung beruhten. Ihre Verhaltensnormen machten Platz für die neuen Kapitalisten, die in ihrer Nachfrage nach billigen Arbeitskräften und höheren Profiten aggressive Methoden anwendeten. Die sozialen Spannungen stiegen aufgrund des veränderten geschäftlichen und gesellschaftlichen Klimas an. Die Städte explodierten in Folge des Zuzugs von Tausenden Arbeitsmigranten, viele von ihnen Muslime. In einer weiteren Phase des Strukturwandels führte der Verfall der Textilindustrie zu neuem sozialen Elend. Die organisierte Kriminalität etablierte sich in den Städten und erhielt starken Zulauf von arbeitslosen jungen Muslimen. Aber auch die Hindus ohne berufliche Perspektiven suchten ihre Frustration zu kanalisieren und wurden für die Botschaften extremistischer Hinduorganisationen empfänglich. Diese Konstellation bildete die Grundlagen für die andauernden Konflikte und das gegenseitige Mißtrauen zwischen Hindus und Muslimen der sozial schwachen Schichten in den Städten Gujarat.

Die Hinduisierung der Mittelschicht

Die erfolgreiche Unternehmerschaft wies mit der Zeit einen wachsenden Anteil an Dalits und auch Muslimen auf. Diese konkurrierten seit den 80er Jahren um die wirtschaftliche und politische Macht in Gujarat. Die wirtschaftliche Elite - allesamt Angehörige der höheren Kasten - sahen ihre privilegierte Position erstmals ernsthaft bedroht. Ein Auslöser für schwere Ausschreitungen gegenüber *Dalits* und anderen Minderheiten in den 80er Jahren war beispielsweise die stark instrumentalisierte Reservierungspolitik der Kongreßpartei: Als Ende der 70er Jahre die Kongreßpartei ihre politische Macht schwinden sah, entwickelte sie neue, erfolgreiche Strategien, um sich die Stimmen der Minderheiten und sozial schwachen Schichten zu sichern. Die BJP, deren Führungskader sich ebenfalls aus höheren Kasten rekrutierte, nutzte die zunehmende Verunsicherung der Mittelschicht in Gujarat, um



Ausschreitungen in einem Dorf bei Ahmedabad, Gujarat (Foto: Frontline)

mit aggressiven Agitationen und spektakulären Kampagnen ihre Basis auszubauen. Sie nutzte geschickt ein Vakuum, entstanden durch den Verfall alter Wertvorstellungen und durch den langsamen Niedergang des *Congress*, um die moderne und fortschrittliche, aber zunehmend orientierungslose Mittelschicht für sich zu gewinnen. Die wohlhabende Diaspora Gujarats wendete sich in ihrem Bedürfnis nach einer eigenständigen kulturellen Identität ebenfalls den Hindunationalisten zu. Dadurch erst sicherten sich die militanten Schwesterorganisationen der BJP üppig fließende Finanzierungsquellen. In Gujarat ist es extremistischen Kräften innerhalb einer relativ kurzen Zeit gelungen, Staat und Gesellschaft für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren.

Doch was in Gujarat möglich war, wird sich anderswo kaum wiederholen lassen. Die BJP verdankt zwar ihre politische Macht in Delhi den Mittelschichten. Die Ayodhya-Kampagne war aber nicht der wichtigste Grund, warum die Wähler-

schaft ihr folgte. Sie bekam ihr Mandat aus anderen Gründen: aufgrund ihres sauberen Images und eines umfangreichen wirtschaftspolitischen Reformprogramms. Der schleichende Verfall der Kongreßpartei, ihre zunehmende Unfähigkeit, die vielfältigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes beherzt anzugehen und die innerparteiliche Stagnation und Korruption machten den Weg frei für die Hindunationalisten - mangels anderer, realistischer Alternativen. Hatte die BJP noch 1984 nur zwei Abgeordnete im nationalen Parlament, verfügte sie 1998 und 1999 über die notwendige Mehrheit (über 180 Sitze), um mit 23 Koalitionspartnern die Regierung zu bilden. Die Agitation um den Tempelbau in Ayodhya, die 1990 mit der berühmt-berüchtigten Wagenprozession des jetzigen Vizepremiers Advani durch ganz Nordindien begann und schwere Unruhen hervorrief, verschaffte der BJP in einem Augenblick, in dem die Kongreßpartei an einem historischen Tiefpunkt angelangt schien, den notwen-

digen identitätsstiftenden Rahmen für die Idee einer Nation der Hindus. Die Kampagne war im wesentlichen eine Antwort auf den Versuch der Regierung V. P. Singhs, landesweit die Quoten für *Dalits* zu erhöhen. Teile der Eliten und der Mittelschichten fürchteten um ihre privilegierte Position und wendeten sich darauf hin ab von der Kongresspartei. Die Koalitionspartner gewann die BJP nur, weil viele der kleineren Regionalparteien nicht mehr bereit waren, sich durch eine Allianz mit dem Kongress bei ihrer Stammklientel zu kompromittieren. Seitdem die BJP durch einige größere Korruptions-skandale ihre Unschuld verlor und einen großen Vertrauensverlust erleiden mußte, seit zudem die Reformfreude ins Stokken geraten ist, ist ihre Wählerbasis konstant geschrumpft. In einer Reihe von Landtagswahlen erlitt sie seit 1998 Niederlagen. Allein dieses Jahr verlor sie die Regierungsbeteiligung in vier Ländern. Zudem mußte sie auf Druck einiger Koalitionspartner auf wesentliche Punkte ihrer Hindutum-Agenda verzichten und verwässerte damit ihr Profil im eigenen politischen Lager. Profitiert hat davon vor allem die Kongresspartei, die noch 1998 in nur fünf Ländern an der Macht war und im Augenblick wieder in 15 Ländern bzw. Unionsterritorien regiert. Bei den jüngsten Wahlen in Uttar Pradesh im Februar konnte auch die wieder aufgelegte Agitation zum Tempelbau in Ayodhya nicht verhindern, daß die BJP nur 22 Prozent der Sitze erhielt und an der Landesregierung als Juniorpartner der regionalen BSP beteiligt wird. Deshalb bemüht sie sich in den letzten Jahren verstärkt darum, ihre politische Basis auszuweiten und sucht außerhalb der städtischen Mittelschichten nach neuen Anhängern. Entgegen der gängigen *Hindutva*-Ideologie sind *Dalits* und *Adivasis* plötzlich salonfähig und werden mit Geld, politischen Posten und sozialer Anerkennung gelockt. Nur so läßt sich ihre Beteiligung an den Ausschreitungen in Gujarat erklären.

Warum sind Teile der indischen Mittelschicht auch außerhalb Gujarats bereit, der Hindutum-Ideologie zu folgen und die Muslime als potentielle Bedrohung ihrer Gesellschaftsordnung zu sehen? Und weshalb sind die extremistischen Organisationen in Gujarat besonders aktiv?

Das Mißtrauen bleibt: Unbewältigte Folgen der Teilung

Die Gründe dafür sind so komplex wie die Geschichte des Subkontinents selbst. Die Beziehungen zwischen Hindus und Muslimen in Indien sind geprägt von der kollektiven Erinnerung beider Religionsgruppen an eine gewaltsame Vergangenheit. Die Muslime, die seit dem 12. Jahrhundert als Eroberer nach Indien kamen, wuchsen über die Jahrhunderte zur größten Minderheit in der Region an. Muslimische Dynastien wie die *Mogul*-Kaiser herrschten zeitweise über riesige Reiche, in denen die Hindus die Untertanen stellten. Je nachdem, ob die neuen Herrscher die religiösen, kulturellen und sozialen Identitäten der Hindugemeinschaften tolerierten, oder ob blutige Bekehrungskriege und Zerstörungswut die Folge waren, entwickelte sich in jeder Region und jeder geschichtlichen Periode ein mehr oder weniger friedliches Muster des Zusammenlebens von Hindus und Muslimen. Die britische Kolonialherrschaft auf dem indischen Subkontinent endete 1947 auch deshalb mit der Bildung zweier Staaten, weil die Briten die seit je her vorhandenen Spannungen geschickt für ihre Expansionspolitik auf dem Subkontinent zu nutzen wußten und die vorhandene soziale Kluft durch eine Politik des *divide and rule* vertieften. Das führte zur Entwicklung der Zwei-Nationen-Theorie, die eine Entstehung zweier Staaten auf religiöser Basis vorsah. 1947 entließen die Briten nicht nur Indien, sondern auch Pakistan - einen neuen Staat für die Muslime Britisch-Indiens - in die Unabhängigkeit. Der indische Nationalkongreß (heutige Kongreßpartei) hatte bis zuletzt alles versucht, um dies zu verhindern, doch der pakistanische Staatsgründer Jinnah und die Muslim-Liga waren der festen Überzeugung, daß es den Muslimen in einem eigenen Staat besser ergehen würde. Und auch Nehru glaubte, darin liege die Lösung aller kommunalistischen Probleme. Die lange Geschichte der gewalttätigen Konflikte zeigt jedoch, daß die säkulare Tradition Indiens nie eine Selbstverständlichkeit war.

Die Hindunationalisten und ihre ideologische Mutterorganisation, der *Rashtriya Swayamsewak Sangh* (RSS), arbeiteten schon

früh dieser Idee entgegen. Im Zuge des langen indischen Freiheitskampfes und der Emanzipationsbestrebungen gegen die Briten bildeten sich auf dem Subkontinent zu Beginn des letzten Jahrhunderts vielfältige politische Strömungen, die unterschiedliche Visionen über das neue Indien hatten. Gandhis Idee von einem gewaltlosen, multikulturellen und multi-religiösen Indien stieß schon früh auf ihren Widerstand. Auf ihrer Suche nach identitätsstiftenden Symbolen und in ihrem Streben nach einem neuen goldenen Zeitalter der Hindus mündete die - in vielerlei Hinsicht positive - Erneuerungsbewegung der Hindus in der Hindutum-Ideologie, die aus einer Selbstbesinnung auf Hinduwerte und Hindunormen die gesellschaftliche Basis für das neue unabhängige Indien zu schaffen suchte. In dieser Gesellschaft war für Nichthindus ein untergeordneter Platz vorgesehen. Die Muslime, die ihren früheren Herrscherstatus verloren hatten und immer mehr politische und wirtschaftliche Macht einbüßten, sahen sich als potentiell bedrohte Minderheit in einem hinduisierten Indien und optierten für einen eigenen Staat. Der politische Vertrauensverlust, den beide Seiten bis dahin erlitten hatten, und die historische Erblast führten in die Katastrophe. Die Teilung verlief blutig und hatte geschätzte eine Million Tote und mehr als zehn Millionen Migranten zur Folge. Vom Trauma der Teilung haben sich Teile der pakistanischen wie der indischen Gesellschaft bis heute nicht erholt, und es ist vor allem dieses unbewältigte kollektive Trauma, das den Hintergrund des Kashmirkonflikts, der indisch-pakistanischen Spannungen und der kommunalistischen Gewalt zwischen Hindus und Muslimen im heutigen Indien bildet. Die Hindutum-Verfechter haben sich nie damit abgefunden, daß ihre Indien-Vision sich nicht durchsetzen konnte. Und in Gujarat, dem Geburtsland Gandhis, wurden sie besonders aktiv. Seine Philosophie der Gewaltlosigkeit und des gesellschaftlichen Pluralismus wurde vom RSS so sehr abgelehnt, daß er schließlich von einem RSS-Attentäter ermordet wurde. Daß die militanten Hindus in Gujarat heute so gut organisiert sind, hängt auch mit ihrem nach wie vor sehr präsenten Haß auf Gandhis geistiges und politisches Erbe zusammen.

Die Muslime, die sich für einen Verbleib in Indien entschieden, wurden vom RSS und seinen politischen Ablegern seit je her als potentielle Landesverräter und als pro-pakistanisch gesehen. Die negativen Mythen und vielfältigen Vorurteile über sie, für deren Pflege die Hindunationalisten zuständig sind, werden von der hinduisierten Bevölkerung unreflektiert übernommen. Sie sitzen so tief, daß selbst aufgeklärte, gut gebildete Hindus dazu neigen, ihnen Glauben zu schenken. Dabei blieben vor allem die säkular orientierten muslimischen Eliten in Indien, oder die ärmeren Schichten, die nichts zu verlieren hatten und nicht in den von der Teilung betroffenen Gebieten lebten. Heute leben in Indien geschätzte 140 Millionen Muslime und damit kaum weniger als in Pakistan. Damit ist Indien das Land mit der drittgrößten muslimischen Bevölkerung weltweit. An der Situation der Muslime hat sich allerdings seit der Teilung wenig geändert. Abgesehen von der kleinen, wirtschaftlich, kulturell oder politisch erfolgreichen Elite sind die Muslime in Indien in jeder Hinsicht Bürger zweiter Klasse. Sie gehören zu den ökonomisch marginalisierten und sozial benachteiligten Minderheiten, und seit Beginn der Ayodhya-Kampagne entziehen sie sich in einem langsamen Ghettoisierungsprozeß zunehmend dem gesellschaftlichen *Mainstream*. Während die säkulare Elite ihre politische Heimat in den etablierten Parteien links von der Mitte fand, haben die Millionen gläubiger Muslime in Indien keine Führungsschicht, die sie in Delhi wirksam zu vertreten wüßte. Und obwohl die große Mehrheit für religiösen Fanatismus nicht viel übrig hat, wächst die Zahl der islamistischen Organisationen. Bald schon - so einige besorgte Stimmen - wird Pakistan keine Terroristen über die Grenzen schicken müssen, weil eine neue Generation von jungen, zornigen Islamisten im eigenen Land heranwächst. Da hilft es nicht viel, daß auch die BJP ihre Vorzeigemuslim hat und daß sie bei den gerade stattgefundenen Präsidentschaftswahlen den Nobelpreisträger und „Vater des indischen Raketenprogramms“, Abdul Kalam, als neuen Präsidenten Indiens vereidigen konnte (siehe Meldung hierzu „Im Überblick“ zu Indien in dieser Ausgabe). In der politisch aufgeheizten Lage ist seine Wahl lediglich eine Notlösung, die das

Image der BJP aufpolieren helfen soll. Die verfolgten Muslime Gujarats und die am Wertekanon des Islam orientierten Millionen brauchen eine Führung, die ihre Interessen als Muslime und als Bürger/-innen) Indiens vertreten kann. Nur eine säkulare Regierung wird verhindern können, daß sich die Gewaltspirale zwischen militanten Hindus und radikalen Islamisten weiter dreht. Ein Verbot von extremistischen Organisationen wie *Vishwa Hindu Parishad* und *Bajrang Dal*, die mitunter mit den Taliban verglichen werden, würde erheblich dazu beitragen, die muslimische Gemeinschaft in Indien radikalen Einflüssen zu entziehen und die Spannungen mit Pakistan zu reduzieren.

Fazit

Trotz des düsteren Zukunftsszenarios, das sich für viele Beobachter mit den Ereignissen von Gujarat und der wachsenden Militanz von Extremisten beider Religionsgruppen anzudeuten scheint, sind Pogrome in anderen Teilen Indiens nicht ohne weiteres möglich. Gujarat war aufgrund seiner frühen Industrialisierung und Urbanisierung für kommunalistische Konflikte immer besonders anfällig - lange bevor die BJP die Regierung stellte. Die Kommunalisierung der städtischen Bevölkerung wird mit der Urbanisierung Indiens weiter voranschreiten, doch in vielen Regionen interessiert man sich weder für den Kashmirkonflikt noch ist man für antimuslimische Ideologien empfänglich. Die militanten Hinduorganisationen werden versuchen, ihre Gefolgschaft auszubauen, aber der Großteil der indischen Gesellschaft ist nicht so hinduisiert, wie die Mittelschicht Gujarats. Die Pogrome in Gujarat haben viele Sympathisanten zutiefst erschreckt. Selbst in Gujarat ist man schockiert über das Ausmaß der Gewalt und empfindet nur noch Scham darüber, daß man die Haßkampagne der Hindunationalisten unterschätzt hat. Der wirtschaftliche Schaden wiegt zudem schwerer als die potentielle Genugtuung über die Vernichtung der muslimischen Unternehmerschaft. Gujarat wird Monate brauchen, um sich finanziell von den Ausschreitungen zu erholen. Dabei hat es noch mit den Folgen des großen Erdbebens im Jahr zuvor zu kämpfen. Die Er-

eignisse haben die gesamte indische Wirtschaft getroffen und bedrohen das ohnehin geringe Wachstum. Die Hindunationalisten haben kein Interesse daran, den Vertrauensverlust der Investoren in Zukunft weiter zu vertiefen. Die BJP hat auch darüber hinaus nicht die erforderliche Wählerbasis, um Indien allein regieren zu können. Sie ist trotz aller Kampagnen bisher nicht über die 25-Prozent-Hürde hinausgekommen und verliert aus vielen Gründen an Akzeptanz. Die Zukunft der indischen Politik liegt in ihrer Regionalisierung und im Zwang zur Koalitionsbildung. Das wird den gemäßigten und säkularen Kräften mehr politische Einflußnahme erlauben. Noch wichtiger: Die intellektuelle Elite des Landes und die Zivilgesellschaft wurden durch die Ereignisse in Gujarat wachgerüttelt. Viele sehen in der Krise eine Chance, die säkularen Kräfte zu bündeln und den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch neue Initiativen zu fördern. Indien hat eine lange demokratische Tradition, deren Aufrechterhaltung seit der Staatsgründung keine leichte Aufgabe war. Heute mag man den Vielvölkerstaat aus vielen Gründen als „defekte Demokratie“ bezeichnen - eine Demokratie ist es nach wie vor. Der Kommunalismus in Indien wird nie ganz zu unterdrücken sein; die Agenda der Hindunationalisten wird allerdings schwer durchzusetzen sein. Die Gewalt in Gujarat war - bei aller Tragik - ein Augenblick der Ernüchterung für alle, selbst für die Sympathisanten der BJP. **D**

► **Zur Autorin:** Vesna Rodic ist Auslandsmitarbeiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Delhi. Der vorliegende Beitrag erschien auch am 9. August - in einer stark gekürzten Fassung - in der von der FES herausgegebenen Publikationsreihe „Kurzberichte aus der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit“. Diese Version ist im Internet unter der Adresse www.fes.de/asien abrufbar.